

## **Antrag an die Gemeindevertretung**

**Betreff: Interessenbekundungsverfahren für den Kinder- und Jugendbeauftragten laut Hauptsatzung**

### **Vorschlag des Beschlusstextes:**

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister unverzüglich nach Beschluss der Hauptsatzung das Interessenbekundungsverfahren für den Kinder- und Jugendbeauftragten einzuleiten.

Finanzielle Auswirkungen: keine

### **Begründung:**

Der Landtag Brandenburg hat mit dem Ersten Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten vom 20. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 19) u. a. einen neuen Paragraphen 18a - Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen - in die Kommunalverfassung eingefügt. Darin werden die Gemeinden verpflichtet, in den Hauptsatzungen zu bestimmen, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2021 und haben nun endlich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unsere Hauptsatzung aufgenommen.

Seit fast 2 Jahren versucht die Gemeinde eine Informationsveranstaltung für Kinder und Jugendliche zu organisieren, um den Forderungen nach Teilhabe an den Entscheidungsprozessen über die Formen gerecht zu werden.

Mit der Etablierung einer/s Kinder- und Jugendbeauftragten, mithin einer/m Ansprechpartner\*in und einem Bindeglied zwischen den Heranwachsenden und der Gemeindevertretung und -verwaltung können auch unter den pandemiebedingten Einschränkungen unbürokratisch Wege beschritten werden, die eine Sensibilisierung für das Thema und somit Aktivitäten befördern können.

